News Archiv February 2023

2023-02-28 17:22

[Vor Nationalrat: SPÖ macht Druck bei Mieten](#)

Die SPÖ will bei der Nationalratssitzung morgen weiter Druck für eine Mietpreisbremse machen. Die „unglaubliche Teuerung“ sei jenes Thema, das die Menschen in Österreich am meisten bewege, sagte Vizeklubchef Jörg Leichtfried heute.

Die FPÖ wiederum stößt sich an der geplanten ORF-Haushaltsangabe und plant eine dringliche Initiative an Medienministerin Susanne Raab (ÖVP). NEOS fordert einen Vollzeitbonus.

Leichtfried sah die Regierung beim Teuerungsthema schon seit Längerem versagen. „Und jetzt opfern sie die Interessen der Mieter für Parteitaktik.“ ÖVP und Grüne verhandeln schon länger über eine Mietpreisbremse, sind bisher aber zu keinem Ergebnis gekommen. „Das ist für die Menschen in Österreich die größte sozialpolitische Katastrophe, die die Republik erlebt hat“, meinte Leichtfried.

Wenn sich bis morgen keine Lösung abzeichne, würden die Richtwertmieten ab April um fast neun Prozent und die Kategoriemieten ab Juli noch einmal um fünf Prozent steigen. „Das ist ein absolutes Versagen der Regierung, die vor der Immobilienlobby in die Knie geht.“ Erneut forderte Leichtfried, die Mieten für zwei Jahre einzufrieren und dann um nur zwei Prozent jährlich zu erhöhen.

ÖVP weist SPÖ-Kritik zurück

„Nicht alles, was populär klingt, ist sinnvoll“, wies ÖVP-Generalsekretär Christian Stocker die Kritik zurück. Von einem Mietpreisdeckel würde zu drei Vierteln Wien profitieren, und hier sei der Markt ohnehin bereits stark reguliert. Stocker betonte neuerlich, die ÖVP sei für ein „Gesamtpaket“, das auch „Häuslbauer am Land“ umfassen soll, verwies Stocker indirekt auf die ÖVP-Forderung nach einer Befreiung von der Grunderwerbssteuer bei Preisen bis zu 500.000 Euro.

Pensionsaliquotierung als Thema

Ebenfalls thematisieren will die SPÖ die Pensionsaliquotierung und die Viertagewoche. Erneut kündigte Leichtfried an, der Regierung in Sachen Pensionen noch den März Zeit zu geben, um die Aliquotierung zu beheben. Dann will man eine Verfassungsbeschwerde einbringen. In Sachen Viertagewoche forderte er die Initiierung eines großen Projekts zum Thema wie in Großbritannien.

Die Freiheitlichen setzten in ihrer Plenarvorschau-Pressekonferenz ganz andere Schwerpunkte: Einerseits stieß sich Vizeklubobmann Hannes Amesbauer am geplanten Teuerungsausgleich für Quartiergeber von Flüchtlingen und zieh die ÖVP der „Lüge“ bezüglich sinkender Asylwerberzahlen.

FPÖ mit Anfrage an Raab

Andererseits zog Generalsekretär Christian Hafenecker gegen den ORF und dessen angepeilte künftige Finanzierung durch eine Haushaltsabgabe vom Leder. Die FPÖ plant in diesem Zusammenhang eine Dringliche Anfrage bzw. einen Dringlichen Antrag an Medienministerin Raab.

NEOS wird in der Nationalratssitzung im Rahmen der von der Partei gestalteten Aktuellen Stunde einen Vollzeitbonus beantragen. Jeder Vollzeit tätige Arbeitnehmer soll damit eine Steuergutschrift von 100 Euro pro Monat erhalten, unabhängig von seinem Einkommen. Davon würden rund drei Millionen Vollzeit tätige Arbeitnehmer profitieren, rechnete NEOS-Chefin Beate Meinl-Reisinger vor. Die Kosten dafür bezifferte NEOS mit rund 1,8 Milliarden Euro.

Meinl-Reisinger argumentierte, dass sich Vollzeitarbeit wieder auszahlen müsse und man Anreize dafür setzen solle, statt Teilzeitarbeit zu bestrafen, wie das ÖVP-Arbeitsminister Martin Kocher mit seinem Vorschlag der Kürzung von Sozialleistungen gemacht habe.

[Read more ... Vor Nationalrat: SPÖ macht Druck bei Mieten](#)

2023-02-23 13:15

SPÖ fordert vorgezogene Pensionserhöhung um fünf Prozent

Angesichts der neuerlich gestiegenen Inflation von 11,2 Prozent fordert der SPÖ-Pensionistenverband eine vorgezogene Pensionserhöhung. Konkret verlangte der Präsident des Pensionistenverbandes, Peter Kostelka, heute eine unterjährige Pensionsanpassung um fünf Prozent ab Juli.

Die Pensionsanpassung 2024 solle zur Hälfte vorgezogen werden, so Kostelka in einer Aussendung. Er geht davon aus, dass die Anpassung für 2024 nach den gesetzlichen Bestimmungen, die die Inflation von August bis Juli zu berücksichtigen haben, bei rund zehn Prozent liegen wird.

Einmalzahlung laut Kostelka unzureichend

Die für März 2023 mit der vorjährigen Anpassung beschlossene Einmalzahlung an die Pensionisten ist nach Ansicht Kostelkas „weder ausreichend noch nachhaltig, da sie die Pensionshöhe nicht dauerhaft erhöht. Wir müssen Österreichs Seniorinnen in diesen schweren Zeiten entlasten – und können nicht das ganze Jahr 2023 mit der viel zu geringen Anpassung warten.“

Kostelka verwies darauf, dass sich täglich verzweifelte Pensionistinnen und Pensionisten meldeten. Für Ende Februar hat er dazu einen Termin bei Sozialminister Johannes Rauch (Grüne). Der Präsident des Pensionistenverbandes will dort seine Forderungen „mit aller Vehemenz vertreten und auch versuchen, die

Parlamentsparteien dafür zu gewinnen“.

[Read more ... SPÖ fordert vorgezogene Pensionserhöhung um fünf Prozent](#)

2023-02-22 15:16

AK und SPÖ machen weiter Druck für Mietpreisdeckel

Per April drohen Steigerungen der Richtwert- und Kategoriemieten um 8,6 Prozent, da diese an die Inflation angepasst werden. Ausnahmen gab es in der Coronavirus-Krise. Auch für heuer hat die Bundesregierung Maßnahmen angekündigt, Details sind allerdings bisher offen.

Vor allem SPÖ, FPÖ, Arbeiterkammer (AK) und Gewerkschaftsbund (ÖGB) machen Druck, rasch zu handeln – und auch das Mietrecht an sich zu reformieren. Das wurde heute einmal mehr deutlich.

Die Sozialdemokraten bekräftigten ihren Ruf nach einer Aussetzung der Mietzinserhöhungen bis 2026, betonte SPÖ-Chefin Pamela Rendi-Wagner bei einer Pressekonferenz. Danach sollen die jährlichen Mietzinserhöhungen mit maximal zwei Prozent gedeckelt werden. Auch die AK will eine Deckelung bei zwei Prozent. Ein Blick in andere EU-Länder mit ähnlichen Regeln zeige, dass die Menschen so entlastet würden.

WKO, Agenda Austria, WIFO skeptisch

Einen entsprechenden Antrag will die SPÖ morgen im Bautenausschuss einbringen. Das könnte auch seitens der Regierungsparteien ÖVP bzw. Grünen geschehen. Die FPÖ will laut einer Aussendung morgen „aufarbeiten“, dass die ÖVP in der Wohnpolitik „Renditen der Superreichen“ sichere und „gleichzeitig den sozialen Wohnbau verscherbelt“, so deren Bautensprecher Philipp Schrangl.

Die Glaubwürdigkeit des SPÖ-Antrags sei auch „fraglich“, denn schließlich sei in Wien die SPÖ Treiber der Mietkosten, so der Freiheitliche.

Der Obmann der WKO-Fachgruppe der Immobilien- und Wirtschaftstreuhänder, Michael Pisecky, lehnt dagegen eine Mietpreisbremse ab. Die Mieten in Österreich seien im internationalen Vergleich „ohnehin niedrig“, daher brauche es keine gesetzlichen Eingriffe.

Vor Eingriffen warnte auch der wirtschaftsliberale Thinktank Agenda Austria. Gabriel Felbermayr, Chef des Wirtschaftsforschungsinstituts (WIFO), hatte sich zuletzt tendenziell kritisch gezeigt.

[Read more ... AK und SPÖ machen weiter Druck für Mietpreisdeckel](#)

2023-02-14 12:08

[AK Anderl zu Kocher-Vorstoß: Kürzung von Sozialleistungen bei Teilzeit ist indiskutabel](#)

Kocher-Ideen zur Teilzeit würden Frauen extrem benachteiligen

Wenig Verständnis für den jüngsten Vorstoß von Minister Kocher, die Sozialleistungen für Teilzeitbeschäftigte zu kürzen, zeigt AK Präsidentin Renate Anderl: „Die Aussage von Arbeitsminister Kocher, die Sozialleistungen bei Teilzeit verkürzen zu wollen, bestraft Frauen nur noch mehr dafür, dass sie unsere Kinder großziehen und den größten Teil der Pflege unserer Angehörigen übernehmen. Acht von zehn Teilzeitbeschäftigten sind Frauen. Schon jetzt bekommen Frauen 40 Prozent weniger Pension und erhalten aufgrund geringerer Einkommen auch weniger Sozialversicherungsleistungen.“

Deshalb stellt sich die Frage, von welchen anderen Sozialleistungen Minister Kocher hier genau spricht: „Will der Minister die Höhe der Familienbeihilfe vom Arbeitszeitausmaß der Eltern abhängig machen oder was ist hier geplant? Diese Leistungen gebühren ja unabhängig vom Einkommen.“

Auch unverständlich findet Anderl Kochers Kritik daran, dass ältere Arbeitnehmer:innen oft besser verdienen: „Minister Kocher will, dass die Menschen möglichst viel und lange arbeiten – andererseits stellt er infrage, dass sich berufliche Erfahrung auf das Einkommen auswirkt – das ist schon etwas widersprüchlich“, so Anderl.

Gute Rezepte, um den steigenden Bedarf an Arbeitskräften zu decken sind gute, gesunde Arbeitsbedingungen, faire Bezahlung, ein flächendeckender Ausbau der Kinderbetreuung und Qualifizierungsmaßnahmen. „Das Kürzen von Sozialleistungen ist weder durchdacht noch zielführend und würde tausende Frauen und ihre Kinder dafür bestrafen, unbezahlte Betreuungsarbeit für die Gesellschaft zu leisten. Es steht auch in völligem Widerspruch zum Ziel der Bundesregierung, die Armut im Land zu halbieren – das Gegenteil wird passieren.“

[Read more ... AK Anderl zu Kocher-Vorstoß: Kürzung von Sozialleistungen bei Teilzeit ist indiskutabel](#)

2023-02-12 09:26

[FSG-Kniezanrek zu Februargedenken: Bevölkerung hören und nicht blenden](#)

WAS DIE GESCHICHTE UNS GEZEIGT HAT, DARF NICHT WIEDERHOLT

WERDEN

„Es geht darum, Ereignisse wie die von 1934 zu verhindern, sodass es gar nicht zu einer generellen Unzufriedenheit – wie heute - kommen kann. Wir brauchen deshalb eine Sicherung und einen Ausbau des Sozialstaates. Mit Einmalzahlungen für die Bevölkerung ist nichts abgedeckt, um sozialen Frieden sicher zu stellen.“, ist Erich Kniezanrek, Bundesgeschäftsführer der FSG in der younion_ Die Daseinsgewerkschaft, überzeugt und gedenkt damit den Februarkämpfen 1934.

Aufgrund der Teuerungen herrscht große Unzufriedenheit, die Bevölkerung kann sich teilweise das Leben nicht mehr leisten. Eine Situation, wie sie vor 89 Jahren war, wollen wir nicht ernsthaft wieder. Zum Gedenken an den 12. Februar kommt jedoch die Frage auf: „Was haben wir aus der Geschichte gelernt?“.

Bei der jüngsten Landtagswahl in Niederösterreich hat die FPÖ in fast allen Gemeinden Stimmen dazu gewonnen. „Wenn man sich die letzten Wahlergebnisse ansieht, macht es den Eindruck, dass die Opposition mit ihrem Gedankengut die Bevölkerung blendet. Das Nichts-Tun der Regierung muss ein Ende haben“, so Kniezanrek und meint abschließend noch: „Es sind ähnlich Gestrige, die glauben, in Krisenzeiten Zusammenhalt mit rechtsextremen Ideologien suggerieren zu können“.

[Read more ... FSG-Kniezanrek zu Februargedenken: Bevölkerung hören und nicht blenden](#)